

### Debatte über das Verhältnis zu Oesterreich.

#### Die Antrittsrede des Ministerpräsidenten Dr. Bekerle.

Wien, 12. September.

Ein Bruch des inneren Friedens hat in der ersten Sitzung des österreichischen Parlaments stattgefunden. Der Festtag einer wiedererstandenen Verfassung wurde sofort durch Ausschreitungen gestört, die in ruhigen Zeiten bedenklich wären, im Kriege jedoch die Wirkung eines Ueberfalles auf das eigene Land haben könnten. Der Abgeordnete Stanek hat im Namen des Czechischen Verbandes erklärt, daß die Monarchie in einen Bundesstaat verwandelt und daß auch die ungarischen Slowaken mit ihren Stammesgenossen in Böhmen, Mähren und Schlesien verbunden werden sollen. In der Not eines Reiches, das sich gegen Uebermacht wehren muß, in einer Zeit drückenden Nahrungsmangels, schmerzlicher Entbehrungen und so herber Menschenverluste hat der Abgeordnete Stanek im Namen seiner Gesinnungsgenossen verlangt, daß wir auch mit Ungarn einen Krieg anfangen, ihm ein Stück seines Besitzes nehmen und die Eroberung zum Ausbaue des czechischen Staates verwenden sollen. Die Erklärung war sinnlos und ohne jedes Gefühl für Verantwortung. Das ist eine milde Auslegung, weil die schärfere zum Schlusse kommen müßte, daß der österreichische Gedanke in solchen Behässigkeiten mitten im Schlachtenlärm kaum noch zu finden sei. Nach dem Abgeordneten Stanek sprach der Abgeordnete Koroschec. Er verlangte, daß aus sämtlichen von Kroaten und Serben bewohnten Gebieten ein neues Staatsgebilde, das südslawische, gemacht werde. Erklärungen, die gegen den Besitz des ungarischen Volkes gerichtet sind und den Willen großer Parteien ausdrücken, verbreiten Mißtrauen, verfälschen Stimmungen und schädigen die Widerstandskraft nach außen. Denn in der Gröfnungssitzung des Reichsrates haben nicht die Ausläufer der Gruppen, nicht regierungsunfähige Freischütler, sondern die Führer gesprochen, die für ihre Parteien eine Mitwirkung an der Politik verlangen und Ministerstellen für ein nationales Recht ansehen. Das Gerücht hat uns wiederholt angejämert, vom Abgeordneten Stanek regiert zu werden, und hätte er vor einigen Monaten den Wunsch gehabt, das vorläufig noch nicht in Bundesstaaten zerstückelte Oesterreich als Minister zu beglücken, wäre die Erklärung, worin er das Verhältnis zu Ungarn umstürzen wollte, vielleicht kein unübersteigliches Hindernis gewesen. Wir haben uns im öffentlichen Leben gewöhnt, solche Worte nicht ernst zu nehmen. Aber der Krieg und eine Verwandtschaft mit dem Sprachgebrauche in der Note der Entente an den Präsidenten Wilson reißt uns aus der Harmlosigkeit, mit der früher der Wählerfang beurteilt wurde, heraus. Parteien, die mit solchen Unwälvungen tändeln oder die gar denken, wie sie sprechen, müssen dafür haftbar werden. Portefeuilles dürfen nicht Ministern anvertraut werden, die sich nach einem Bundesstaate sehnen oder einen Angriffskrieg gegen Ungarn planen. Die unermeßliche Gewalt des Staates solchen Menschen einräumen, wäre leichtfertig.

Freilich, ob wir sie haben wollen oder nicht, darüber hat sich Oesterreich, wie Graf Julius Andrássy in einer schlagenden Antwort auf die Rede des Grafen Stephan Tisza bemerkte, mit Ungarn nicht auseinanderzusetzen. Die Einsicht des Führers der ungarischen Verfassungspartei hat diese einfache und notwendige Wahrheit gegen den früheren Ministerpräsidenten festgestellt. Wenn das Parlament in Budapest so eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit ist, braucht das in Wien es nicht weniger zu sein. Aber wieder zeigt sich, daß politische Führer und ganze Parteien in der Brandung dieses Krieges nicht ohne Rechenschaft herumreden können. Die Unverletzlichkeit des Abgeordneten, die ihn vor den Folgen seiner Äußerungen im Hause schützt, ist nur strafrechtlich, hat jedoch ihre sittlichen Grenzen in der eigenen